

chen, denn Schulen mit unterschiedlicher Population dürfen nicht gleich behandelt werden. Da, wo es eine schwierige Schülerpopulation gibt und ganz besonderer Förderbedarf besteht, müssen auch zusätzliche Ressourcen hineinfließen können. Wer könnte das besser beurteilen als die jeweilige Kommune vor Ort, als der Schulausschuss, der sich aus Fachpolitikern zusammensetzt, dem aber selbstverständlich auch die jeweiligen Schulleiter mit beratender Stimme angehören?

Ich habe großes Vertrauen in die Leute vor Ort und in ihre Fähigkeit, richtig zu entscheiden, wo diese zusätzlichen Lehrerstellen eingesetzt werden müssen und wo es nicht so dringend erforderlich ist. Wenn wir diese Flexibilisierung vor Ort nicht schafften, dann könnte an der einen oder anderen Schule eben doch nicht individuell genug gefördert werden, weil alle Schulen gleiche Ressourcen erhielten. Genau diese Flexibilisierung wollen wir erreichen. Das ist also ein kleiner Beitrag zur individuellen Förderung, deren Notwendigkeit durch PISA aufgezeigt wurde.

Natürlich hat Herr Recker in diesem Zusammenhang Recht, wenn er sagt, dies sei ein kleiner Schritt dorthin; das ist ganz klar. Wenn Sie sagen, wir könnten momentan diese Lehrerstellen nicht schaffen, dann ist es doch aber eine Frage der Bewertung, ob wir es tun wollen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Oder wollen wir es, weil wir es im Moment nicht so leisten können, nicht machen? Das genannte Ziel dürfen wir meines Erachtens nicht aus den Augen verlieren. Es ist ganz klar: Wir müssen darauf hinarbeiten, einfach um sicherzustellen, dass wir einigermaßen gleiche Qualität ...

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): ... in allen Schulen erzielen. Dafür ist diese individuelle Zuweisung der Stellenbudgets erforderlich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** in **Drucksache 13/4701** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Überweisung wurde einstimmig **zugestimmt**.

Ich rufe auf:

6 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Drucksache 13/4756

zweite Lesung

Ich verweise außerdem auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4794** und den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4792**.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Frau Schmid für die Fraktion der SPD das Wort.

(Zuruf von der FDP: Wo ist denn die Agrarministerin?)

Irmgard Schmid (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist in Nordrhein-Westfalen ein bedeutender Wirtschaftsbeereich, den wir für die Zukunft absichern müssen. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbs auf den internationalen Märkten und der wachsenden Herausforderungen an eine verbraucherorientierte, tierschutz- und umweltgerechte Produktion kommt es darauf an, dass den rund 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben in unserem Land auch künftig eine leistungsfähige und effiziente Beratungsstruktur zur Verfügung gestellt wird.

(Unruhe - Glocke)

Im Hinblick auf den fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft und die notwendigen Kostensenkungen ist es unumgänglich, dass die Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfa-

len-Lippe zu neuen, leistungsstarken Strukturen finden, um ihre wichtige Arbeit für den ländlichen Raum mittelfristig auf eine solide Basis zu stellen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Schmid, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker zu?

Irmgard Schmid (SPD): Nein. - Nach langem Ringen zwischen den Kammern, aber auch in diesem Hause - das verhehle ich nicht - werden wir heute das Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen verabschieden.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Ist die Landwirtschaftsministerin nicht da? Was ist los?)

Ich verhehle nicht: Nicht alle Wünsche und begründeten Einwände, die uns in der öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetz vorgetragen wurden, finden sich in dem Gesetzestext, der hier und heute zur Abstimmung ansteht.

(Unruhe - Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- Die Ministerin hat selbst zu entscheiden, was sie wichtig findet und was nicht.

(Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

Das bezieht sich speziell auf die Formulierung des Aufgabenbereiches der Kammer, worin sie verpflichtet wird, insbesondere auf Agrarumweltmaßnahmen hinzuwirken. Erstens haben die Kammern dies bereits in der Vergangenheit getan. Zweitens bin ich mir sicher, dass auch die neue Landwirtschaftskammer mit dieser Formulierung umzugehen weiß.

Es wäre fatal, das Gesetz auf der Zielgeraden scheitern zu lassen. Die SPD-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf heute zu, weil uns die Fusion der Landwirtschaftskammern zum 1. Januar 2004 zu wichtig ist, um sie an einzelnen Diskussionspunkten scheitern zu lassen.

Deshalb begrüße ich, dass es gelungen ist, bezüglich der Regelung im Hinblick auf die Zukunft der Forstverwaltung dieses Landes eine Entschließung zum Gesetzestext einzubringen. Im Rahmen der später zu treffenden Entscheidungen für diesen Bereich und im Zuge der weiteren erforderlichen Verfahrensschritte sollen noch einmal die Argumente für diese Lösung dargelegt und Sachargumente erneut geprüft werden.

Das heißt für die SPD-Fraktion: Der Ist-Zustand ist zu analysieren und zu bewerten. Dies muss in

Relation gesetzt werden zu der Vereinbarung des "Düsseldorfer Signals", das die Möglichkeit eines Landesbetriebs oder einer Anstalt öffentlichen Rechts eröffnet.

Es gibt keine Denkverbote. Keine Argumente werden unter den Tisch gekehrt. Dabei werden wir sorgfältig prüfen, wie die Interessen der ca. 80 % Privatwaldbesitzer unseres Landes in Relation zu den ca. 20 % des Staatswaldes stehen. Das wollen wir sorgfältig und in Ruhe beraten. Es muss sachgerecht und darf nicht nach Zuruf entschieden werden.

Das heißt für die SPD-Fraktion: Alles wird ergebnisoffen geprüft. - Wer nämlich kopfüber ins Wasser springen will, sollte vorher sorgfältig prüfen, wie tief es ist; sonst läuft er Gefahr, sich den Hals zu brechen.

Jetzt sollten wir uns freuen, dass sich vor allem die Anstrengungen der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe gelohnt haben, dass das Kammergesetz heute trotz aller Querelen noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Glück auf dem Weg und ein gutes Gelingen der Fusionsveranstaltung am 7. Januar 2004 in Recklinghausen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Uhlenberg das Wort.

(Zuruf von der FDP: Die Ministerin ist jetzt da! - Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Sie haben Ihre Hennen verlassen und sind zu uns geeilt! - Ministerin Bärbel Höhn: Ich war bei der SPD! Wenn Sie die als Hennen bezeichnen wollen!)

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt die Fusion der Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland zu einer Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig tritt damit auch eine über hundertjährige Tradition der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung in eine neue Phase. Die Arbeit der Landwirtschaftskammer ist für den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen wichtig.

Der Dank der CDU-Fraktion gilt allen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Gartenbau bei den Landwirtschaftskammern im Laufe der letzten Jahrzehnte engagiert haben, aber sich auch ganz

aktuell engagieren. Landwirtschaftliche Unternehmer, Gärtnermeister und Arbeitnehmer haben hier in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich miteinander kooperiert.

Die Landwirtschaftskammer hat eine doppelte Aufgabe: Sie ist landwirtschaftliche Selbstverwaltung, der Kammerdirektor ist aber auch Landesbeauftragter der Landesregierung und gleichzeitig Chef der Landesforstverwaltung. Land- und Forstwirtschaft gehören zusammen. Die Aufgabenbündelung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt.

In verschiedenen Abschnitten des neuen Kammergesetzes wird die Bedeutung der Selbstverwaltung reduziert und der Einfluss der Landesregierung gestärkt. Frau Höhn vertraut nicht den Kräften der Selbstverwaltung. Sie will der neuen Kammer ihren Stempel aufdrücken. Ihr politischer Wille soll zählen. In Zukunft gibt es weniger, statt mehr Demokratie in der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Präambel bestimmt Frau Höhn, dass die Kammer in Zukunft insbesondere die Agrarumweltmaßnahmen sowie den ökologischen Landbau fördern soll. Was soll die Formulierung "insbesondere", Kolleginnen und Kollegen? Die Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen muss auch künftig für eine umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Landwirtschaft stehen. Die neue Formulierung wird gegen den Willen der landwirtschaftlichen Berufsstände in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt.

Auch die SPD-Landtagsfraktion hat den Landwirten durch ihre Sprecherin Irmgard Schmid versprochen, diese Formulierung zu streichen. Aber Frau Schmid kann sich leider innerhalb der SPD-Fraktion und schon gar nicht bei Frau Höhn und bei den Grünen durchsetzen.

Keine der entscheidenden Anregungen, die bei der Anhörung vorgebracht worden sind - wir haben ja eine umfangreiche Anhörung durchgeführt -, ist von der Koalition übernommen worden.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Frau Höhn lässt nur ihren eigenen Standpunkt gelten. Diejenigen, die in Zukunft die Auswirkungen des Kammergesetzes zu spüren bekommen, sind für sie uninteressant.

Ich komme zu einem zweiten entscheidenden Punkt: Wir leben in einer Zeit, in der die Aufgaben und die Existenz der staatlichen Bürokratie hinterfragt werden. Staatliche Behörden werden abge-

schaft. Bei Frau Höhn ist das anders. Sie schafft mit dem Landesbetrieb Forst eine neue Behörde in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein einmaliger Vorgang.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Die Landesforstverwaltung war bisher Teil der Landwirtschaftskammern. Circa 900 der 2.600 Beschäftigten sind in diesem Bereich tätig. Zwei Drittel des Waldes in Nordrhein-Westfalen ist Privatwald. Kollegin Schmid hat sogar von 80 % gesprochen.

Bei dieser Struktur des Waldbesitzes unterscheiden wir uns von anderen Bundesländern. Deswegen müssen wir auch eine andere Antwort auf die Frage finden, welche Landesforstverwaltung wir brauchen.

Warum wird die Landesforstverwaltung nun in einen staatlichen Landesbetrieb überführt, obwohl der Staatswald in Nordrhein-Westfalen nur einen Anteil von 13 % hat? Es gibt zwar nur 13 % Staatswald, aber wir bekommen jetzt eine staatliche Landesforstverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

(Theo Kruse [CDU]: Nicht zu fassen!)

Meine Damen und Herren, auf die Frage, weshalb das so geschieht, konnte uns bisher niemand eine positive Antwort geben. Es gibt nur eine Antwort: Es ist der kompromisslose Machtanspruch von Frau Höhn, die Selbstverwaltung außer Kraft zu setzen und diese Aufgabe zu verstaatlichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Demokratie und Selbstverwaltung bleiben in Nordrhein-Westfalen auf der Strecke, wenn Frau Höhn innerhalb der Landesregierung ihre Machtbasis verbreitern kann. Die Koalitionsfraktionen haben beim "Düsseldorfer Signal" erlebt, wie kompromisslos sie vorgeht und wie rücksichtslos auch ihre Kollegen gegen die Kollegen von der SPD-Fraktion vorgegangen sind, die eine andere Meinung vertreten haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie nehmen keine Rücksicht auf Kollegen aus dem Landtag. Ihnen ist es völlig egal, wie die in ihrem Wahlkreis dastehen. Die Ausführungen des Kollegen Rusche in der Ausschusssitzung waren sehr deutlich und für mich in dieser Form einmalig, obwohl ich schon 18 Jahre dem Landtag von Nordrhein-Westfalen angehöre.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ist dieser Politikansatz nach dem Motto "weniger Demokratie - mehr Staat" mit dem Programm der Grünen vereinbar? Oder haben Sie sich schon so weit von Ihren Ursprüngen entfernt, dass für Sie nur noch Macht und Durchsetzungsvermögen gelten, gerade bei diesem Kammergesetz in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Und die SPD, meine Damen und Herren? Ich habe Hochachtung vor Frau Kollegin Schmid. Sie hat sich aber bei der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe feiern lassen, als sie verkündete, die SPD werde den Landesbetrieb Forst nicht mittragen. Das war eindeutig. Gleichzeitig war es leichtfertig; denn in der Koalition bestimmt Frau Höhn, welche Entscheidungen im Agrarbereich getroffen werden, und sie ist vorher nicht gefragt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nachdem die freie Abgeordnete Frau Schmid erklärt hatte, was Wille der SPD-Fraktion ist, kam sofort der Staatssekretär und sagte: Sie können sich alle beruhigen; die SPD-Fraktion kann erklären, was sie will; dies findet nicht statt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Uhlenberg, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schmid zu?

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu; ich bringe diesen Inhalt jetzt zu Ende. - Meine Damen und Herren, dass den Oppositionsfraktionen im Ausschuss dann auch noch verwehrt wurde, die erst während dieser Sitzung eingereichten Anträge der Koalition während einer Sitzungsunterbrechung zu beraten, gehört zum politischen Stil der Koalition, insbesondere der Grünen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So verhält man sich, wenn man sich auf dünnem Eis bewegt.

Meine Damen und Herren, die Koalition wird heute gegen alle Widerstände die Verstaatlichung der Landesforstverwaltung zum 1. Januar 2005 beschließen. Das bedeutet mehr Bürokratie; das bedeutet höhere Kosten; das bedeutet weniger Selbstverwaltung; das bedeutet mehr Staat. Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

So etwas ist derzeit nur in Nordrhein-Westfalen möglich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab und wird - das kann ich, auch in Rücksprache mit unserem Fraktionsvorsitzenden, verbindlich zusagen - die Umwandlung der Landesforstverwaltung in einen Landesbetrieb wieder rückgängig machen, falls es die Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl 2005 zulassen,

(Beifall bei CDU und FDP)

damit Selbstverwaltung und Kosteneffizienz nicht auf der Strecke bleiben und die Einheitsforstverwaltung von Privat-, Staats- und Kommunalwald in Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft hat. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Uhlenberg. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Frau Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich bedankt sich auch die FDP-Landtagsfraktion für die Arbeit der Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland.

(Beifall bei der FDP)

Diese beiden Landwirtschaftskammern haben über Jahrzehnte eine gute, wichtige und erfolgreiche Arbeit für Nordrhein-Westfalen und die Vorgängerländer geleistet. Jetzt gilt es aber, den Blick nach vorne zu wenden. Deshalb sind wir grundsätzlich für die Fusion der Landwirtschaftskammern.

Meine Damen und Herren, Herr Müntefering hat dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses ein wichtiges Maß psychologischer Wirkung beigegeben. In der Tat ist die Stimmungslage in der Gesellschaft und in der Wirtschaft wichtig. Viele weisen ihr sogar eine konjunkturelle Schlüsselstellung zu.

(Unruhe - Glocke)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Agrarsektor, in dem in Deutschland zusammen mit den vor- und nachgelagerten Branchen immerhin ca. 4 Millionen Menschen beschäftigt sind, ist die Situation miserabel, und zwar nicht nur stimmungsbedingt. Die Einkommen in der Landwirtschaft sind gesunken, seit die SPD die Agrarpolitik der ökonomisch blinden Agrarideologie der

Grünen überließ, und zwar seit 2001 um 13 % und im Wirtschaftsjahr 2002/2003 um 25 %. Die Bruttoeinkommen der durchschnittlichen Agrarbetriebe sanken auf 1.360 €. Meine Damen und Herren. Wo soll denn da noch investiert werden?

In dieser Situation leistet sich diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen ein Tohuwabohu um ein Kammergesetz, das von einem innerkoalitionären Gerangel ohne Ende geprägt ist. Die SPD, die vorgibt, die Partei derjenigen zu sein, die - wie es Herr Müntefering einmal formuliert hat - nicht so breite Schultern haben - und das sind sicherlich auch die Landwirte -, lässt sich von Frau Höhn am Nasenring durch die Arena führen.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben sich aus der Agrarpolitik völlig verabschiedet, obwohl viele Millionen Menschen in diesem Sektor arbeiten.

Frau Ministerin Höhn, Sie geben vor, hier in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Partei Basisdemokratie, eine Politik der Agendaprozesse sowie die Beteiligung so genannter gesellschaftlich relevanter Gruppen zu betreiben. Sie haben die Ergebnisse der Anhörung zum Kammergesetz, an der sicherlich viele gesellschaftlich relevante Gruppen teilgenommen haben, aber völlig ignoriert. Abgesehen von der Anmaßung, die darin liegt, ist diese Politik derart klientelorientiert, dass Sie Ihr Ministerium mit einem Küchenkabinett führen müssen, weil Sie Angst vor und Misstrauen gegenüber Sachverstand in Ihrem Hause haben.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was Ihnen suspekt ist, treten Sie nieder. Das bisschen Selbstverwaltung, was in einer Forstverwaltung der Landwirtschaftskammern steckt, wollen Sie auch noch ausmerzen. Ja, Frau Ministerin, die Umsetzung von Landschaftsplänen organisieren Sie hin zu Ihrer Klientel. Die Landesforstverwaltung wollen Sie aber ganz und gar unter Ihr Kuratel stellen. Das ist der Grund dafür, dass Sie das parlamentarische Chaos im Agrarausschuss inszeniert haben, indem Sie noch nicht einmal dem Beratungsbedarf Ihrer Mitkolleginnen nachkommen wollten. Das halte ich für einen miserablen parlamentarischen Stil.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP will eine einheitliche Landesforstverwaltung. Gerade mit Blick auf die riesigen Flächenanteile im Kleinstprivatwald und auf die energiewirtschaftlichen Chancen, die in einer vernünftigen

Bewirtschaftung auch von Kleinstprivatwald liegen, brauchen wir eine wirkungsvolle Landesforstverwaltung, wie wir sie haben. Trotz der Führungsrücksichtslosigkeit einer Landesregierung gegenüber einer Spezialverwaltung hat Nordrhein-Westfalen eine gute Landesforstverwaltung. Da muss endlich Ruhe einkehren und nicht alle paar Jahre etwas Neues.

Ob ein Landesbetrieb Forst etwas Positives bringt, ist mit Blick auf Beispiele wie den Landesbetrieb Straßenbau eher fragwürdig. Deshalb treten wir als Liberale für die Streichung des Art. 3a ein.

Die Prüfoption im Antrag von Rot-Grün, die Ausdruck einer tiefen bürokratischen Prüfungssehnsucht ist, lehnen wir ab. Unsere Landesforstverwaltung hat einen Anspruch darauf, dass jetzt eine Entscheidung gefällt wird.

Den ideologischen Beratungszwang zur Produktionsmethode Ökolandbau - mehr als eine Produktionsmethode ist das nicht - lehnen wir ab.

Wir halten es auch nicht für erforderlich, Frau Ministerin, dass Sie - oder Ihr Haus - einen Geschäftsverteilungsplan der Landwirtschaftskammer genehmigen müssen. Wir gehen davon aus, dass die Landwirtschaftskammern ihren Geschäftsverteilungsplan in eigener Machtvollkommenheit, in eigener Verantwortung erstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ab. Wir stimmen gemäß der liberalen Linie, die wir verfolgt haben, dem Antrag der CDU zu. - Ich bedanke mich und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Becker. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich als Erstes einen Sachverhalt klären, bei dem mir daran gelegen ist, ihn gegenüber den Kollegen klarzustellen: Frau Höhn war an der Stelle im Agrarausschuss nicht beteiligt. Ich habe Widerworte gegen den Wunsch von Herrn Uhlenberg nach einer Sitzungsunterbrechung eingelegt. Das tut mir im Nachhinein Leid, weil es nicht mein Punkt war, Ihnen die zehn Minuten nicht zu gönnen. Vielmehr waren es nur noch zehn Minuten bis zum Beginn

des Plenums, und ich hatte die Sorge, dass wir nicht mehr abstimmen können. Wir brauchten eine Beschlussempfehlung, um das Gesetz heute beschließen zu können. Das Bedauern gilt genauso gegenüber den anderen Fraktionen, gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der FDP und der SPD.

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mich doch erst einmal an! Sie können gleich sagen, dass es Ihnen nicht passt. - Wenn wir sichergestellt hätten, dass die Abstimmung in jedem Fall kommt, hätte ich überhaupt kein Problem mit einer Sitzungsunterbrechung gehabt. Ich sehe ein, dass das in der zugespitzten Situation ein Fehler in der Kommunikation war. Ich will nur klar signalisieren, dass wir das an anderer Stelle nicht noch einmal tun werden. Es tut mir Leid.

Zweitens. Die Kollegen Uhlenberg, Schmid und Becker haben sich positiv zur Tätigkeit der Landwirtschaftskammern in der Vergangenheit geäußert. Es ist richtig, dass es ein gewisser historischer Moment ist, wenn jetzt die Fusion der beiden Kammern geschieht, die seit 1949 - nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalens - bestehen. Es ist richtig, dass da gute Arbeit geleistet worden ist, und es ist richtig, dass jetzt ein spannender Prozess ansteht. Denn mit dem Zusammenschluss dieser beiden Kammern zu einer Kammer beginnt für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein neuer Abschnitt.

Der Grund für die Fusion ist die wirtschaftlich angespannte Situation, die das Bemühen erfordert, durch Einsparungen, durch Synergieeffekte wesentliche Entlastungen bei den Kammern zu erreichen. Das ist schon ein Stück weit geschehen, wird aber in Zukunft noch verstärkt notwendig sein. Insofern ist das nur ein Teilmoment eines Prozesses.

Was den strittigen Punkt angeht, so hatten wir Konsens bezüglich des ersten Teils, dass wir die Verabschiedung heute brauchen. Die Fusion soll zum 1. Januar in Kraft treten; für den 7. Januar haben die Kammern zur Gründungsversammlung eingeladen. Deswegen müssen wir heute zu einem Ergebnis kommen.

Ein Punkt wird strittig diskutiert: die Einrichtung des Landesbetriebs Forst. Die Diskussion ist nicht erst in den letzten Wochen auf die Tagesordnung gekommen. Sie wird in der Landesregierung zumindest seit September vergangenen Jahres intensiv zwischen Finanzministerium und Umweltministerium geführt. Dabei wird stark darauf gedrängt, Strukturen für den Landesbetrieb Forst

und ökonomische Einsparpotenziale zu dokumentieren.

Die Diskussion zwischen Finanzministerium und Umweltministerium ist im März dieses Jahres fortgesetzt worden. Im „Düsseldorfer Signal“ haben wir uns darauf verständigt, entweder einen Landesbetrieb oder eine Landesanstalt einzurichten. Die Veränderungen bei der Kammer werden also in jedem Fall herbeigeführt. Die Landesregierung hat sich im weiteren Prüfverfahren darauf verständigt, einen Landesbetrieb zu errichten. So steht es jetzt im Gesetz, und so soll es auch beschlossen werden.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich begrüße auch ausdrücklich die Entschließung dazu, weil in ihr festgehalten worden ist, dass die Einheitsforstverwaltung an dieser Stelle erhalten werden soll. Das ist, wenn wir uns Prozesse in anderen Bundesländern ansehen, keine Selbstverständlichkeit; das ist sehr wichtig. Insofern ist das, was von der Landesregierung vorgelegt worden ist und was wir im Ausschuss beraten und beschlossen haben, ein vernünftiger Schritt. Wir sollten ihn heute abschließend umsetzen, damit im nächsten Jahr die Kammern ihre Arbeit mit dem 1. Januar beginnen können und die Gründungsvoraussetzungen für den Landesbetrieb in 2004 geschaffen werden können. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Priggen. - Frau Ministerin Höhn hat das Wort. Bitte schön.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, wir haben heute ein großes Projekt zu verabschieden. Dass es bei einem großen Projekt auch zum Knirschen und Holpern kommt, ist immer so. Dass die Emotionen bei einem solchen Projekt hochschlagen, ist ebenfalls immer so. Das gilt insbesondere dann, wenn es, wie bei den Landwirtschaftskammern, um Institutionen geht, die seit über 100 Jahren bestehen. 104 Jahre gibt es die Landwirtschaftskammer im Rheinland und in Westfalen. Ein solcher Weg, die beiden in einem so emotionalen Berufsstand wie in der Landwirtschaft zu fusionieren, führt zu erheblichen Diskussionen. Es ist auch klar, dass das nicht einfach ist.

Wir wollen jetzt eine einheitliche Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Wir schaffen es nur deshalb sie einzurichten, weil gerade die Präsidenten der Landwirtschaftskammern sehr dazu

beigetragen haben, dass wir so weit gekommen sind. Deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei beiden Präsidenten, bei Herrn Lieven und Herrn Meise. Herzlichen Dank! Ohne sie hätte das nicht geklappt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat natürlich auch deshalb geklappt, weil es eine unglaubliche finanzielle Problematik gibt. Wir müssen sparen, und wir müssen auch deshalb sparen, weil die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, also der Kunden der Kammern, immer kleiner wird. Man kann eine so große Kammer nicht aufrechterhalten, wenn man immer weniger Betriebe hat, die man betreut. Von daher bestand auch ein wirtschaftlicher Druck, hier zu einer Veränderung zu kommen.

Deshalb sage ich auch sehr deutlich, Herr Uhlenberg: Sie machen es sich sehr, sehr einfach. Ja, die Landesregierung will mehr Einfluss bei den Kammern, und ich sage Ihnen: zu recht. Übrigens müsste das auch in Ihrem Interesse sein. Denn wer ist eigentlich die Basis? Sind Sie, die Abgeordneten der Bevölkerung, eigentlich nicht die Basis? Sie reden immer nur von der Basis des Berufsstandes, aber Sie sind ein frei gewählter Abgeordneter. Hier sitzt die Basis, nämlich die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Lachen bei der CDU)

Nicht mehr und nicht weniger! Wenn wir über 100 Millionen Steuergelder diskutieren, dann müssen wir von dieser Basis aus auch darüber diskutieren, wie sie ausgegeben werden. Deshalb muss die Landesregierung stärker kontrollieren, was mit diesem Geld passiert. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie es einfach der Kammer geben nach dem Motto: "Die Bauern werden dann schon sehen, was sie damit machen!""? Nein, ich muss mich nicht nur den Bauern gegenüber verantworten, sondern gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und es gibt nicht nur Bauern in diesem Land. Alle müssen sozusagen damit einverstanden sein, wie dieses Geld ausgegeben wird. Deshalb hat die Landesregierung einen berechtigten Auftrag, auch zu gucken, was in der Landwirtschaftskammer passiert. Ansonsten würden wir mit den Steuergeldern nicht vernünftig umgehen. Und wir sind der größte Zahler bei der Landwirtschaftskammer. Wir geben das meiste Geld hinein. Deshalb wollen wir auch mehr wissen, was passiert.

Wenn Sie, Herr Uhlenberg, sagen, es sei unglaublich, dass wir den Forst jetzt zu einer staatlichen Aufgabe machen, dann haben Sie sich noch nicht darum gekümmert, wie die Fakten sind. Der Forst ist seit 30 Jahren staatliche Aufgabe in diesem Land, und deshalb wird er auch weiterhin staatliche Aufgabe bleiben. Wir haben das bisher auf die Kammern übertragen, aber seit 30 Jahren liegt die Zuständigkeit für den Forst beim Staat.

Das Erste, was insbesondere der Kammerpräsident Meise gemacht hat, als es ans Sparen ging, war, zu sagen: Gehen wir doch einmal an die Forstämter, stellen wir doch die 35 Forstämter zur Disposition! Sie müssen sich doch nicht wundern, dass wir mittlerweile Bittbriefe aus dem Forstbereich bekommen: Richtet doch bitte den Landesbetrieb ein! Man hat nämlich gesehen, wie die Kammern teilweise mit ihnen umgegangen sind. Auch von daher fühlen wir uns sehr sicher, wenn wir Ihnen diesen Weg des Landesbetriebs vorschlagen.

Herr Uhlenberg, Sie sind auch doppelzüngig. Als wir gesagt haben, wir wollten eine Doppelspitze, um uns stärker um den Forst zu kümmern, haben Sie gesagt: Nein, auf keinen Fall. - Jetzt sind Sie plötzlich der Vertreter des Forstes. Wir wollten also eine stärkere Stellung des Forstes in der Kammer, und Sie haben sich dagegen gewehrt. Und jetzt schwingen Sie sich plötzlich als Vertreter des Forstes auf. Sie reden immer wieder gerade so, wie es Ihnen passt, aber ein Konzept steckt nicht dahinter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie eine Frage von Frau Schmid beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich möchte meine ---

(Lachen bei der CDU)

- Was gibt es da zu lachen? Ich werde die Frage von Frau Schmid zulassen, im Gegensatz zu Herrn Uhlenberg, der keine Frage akzeptiert hat. Ich werde sie zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie trauen sich nämlich nicht, Fragen zu beantworten! Das ist doch der Punkt.

(Unruhe - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Minister, möchten Sie die Frage beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, sicher.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Frau Schmid.

Irmgard Schmid (SPD): Frau Ministerin, stimmen Sie mir zu, dass, bevor Entscheidungen getroffen werden, dem Parlament und den Fachausschüssen Zahlen auf den Tisch gelegt werden, Beschreibungen des Ist-Zustandes mit Daten und Fakten und finanziellen Gegebenheiten sowie Beschreibungen der Zielvorstellungen ebenfalls mit Daten und Fakten, und dass anhand dieser Vergleiche dann im nächsten Jahr oder wann auch immer Entscheidungen getroffen werden?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Schmid, ich werde mich an Gesetze halten, ich werde mich an Landtagsbeschlüsse halten, ich werde mich an Kabinettsbeschlüsse halten, und ich werde mich auch an das "Düsseldorfer Signal" halten. Das werde ich tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Herr Uhlenberg, Sie kritisieren, dass in das Kammergesetz bestimmte Ziele aufgenommen worden sind, z. B. Agrarumweltmaßnahmen, der ökologische Landbau, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien.

Dazu sage ich Ihnen: Die Zahl der Betriebe sinkt. Aber es gibt in bestimmten Bereichen Zukunftspotenzial für die Bauern, und in diesen Bereichen steigen die Zahlen der Betriebe. Wir wären wirklich fahrlässig, wenn wir diese Bereiche, in denen es Zukunftspotenzial gibt und die Bauern noch verdienen können, nicht als Schwerpunkte herausstellten. Das tun wir. Sie wollen doch immer nur die traditionellen Sachen machen und gucken gar nicht, was es an neuen Möglichkeiten gibt, Geld zu verdienen. Das ist der Unterschied.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie Herrn Becker eine Frage gestatten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Bitte schön, Herr Becker.

Felix Becker (FDP): Frau Ministerin, zu der eben aufgrund der Zwischenfrage der Kollegin Schmid angesprochenen Prüfung: Könnten Sie sich vorstellen, diese Prüfung auch so weit auszudehnen, dass wir gegebenenfalls einen kammereigenen Forstbetrieb machen und nicht einen landeseigenen?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Becker, ich habe Ihnen eben gesagt: Ich werde mich an das "Düsseldorfer Signal" halten. Darin haben wir sehr deutlich beschrieben, was wir wollen, und zwar die beiden Koalitionsfraktionen, die die Mehrheit in diesem Landtag bilden. Deshalb werde ich sehr genau das machen, was auch in dem Antrag, den Rot-Grün hier eingebracht hat, festgeschrieben ist. Da steht nämlich:

"Im 'Düsseldorfer Signal' haben die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Herausnahme des Forstbereiches aus den Landwirtschaftskammern und damit einhergehend die Umgestaltung der Forstwirtschaft zu einem Landesbetrieb oder einer Landesanstalt beschlossen. Die Landesregierung hat nach Prüfung mit der Vorlage des Gesetzes dem Landtag die Einrichtung eines Landesbetriebs vorgeschlagen."

Wir wollen diesen Landesforstbetrieb zum 1. Januar 2005 einrichten. Und dann steht hier - darüber freue ich mich sehr -:

"Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Rahmen der weiteren jetzt erforderlichen Verfahrensschritte zur Umsetzung des Landesforstbetriebs noch einmal die Argumente für diese Lösung darzulegen und noch mal Sachargumente, die für die Einrichtung einer Landesanstalt sprechen, zu prüfen."

Das werde ich tun, daran werde ich mich halten. Ich halte mich auch an Landtagsbeschlüsse, an Gesetze, an Kabinettsbeschlüsse und an das "Düsseldorfer Signal".

Deshalb komme ich jetzt zum Landesbetrieb Forst, dem nächsten Punkt, Herr Uhlenberg, bei dem Sie doppelzünftig sind. Welche Länder haben denn einen Landesbetrieb Forst? Das sind doch lauter CDU-Länder. Das sind doch die großen Länder im Süden der Republik: Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Und Sie sagen hier, das sei des Teufels.

(Zurufe von der CDU)

Ihre CDU-Länder haben Landesbetriebe. Und hier wollen Sie es verwerfen! So unehrlich sind Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat einen langen Diskussionsprozess in der Landesregierung hinter uns. Die Diskussion um den Landesbetrieb Forst ist zunächst einmal vom Finanzminister aufgegriffen worden. Übrigens ist sie auch schon sehr alt. Der Finanzminister hat immer gesagt: Damit kann man Geld sparen. Deshalb, liebe Frau Höhn, sollten Sie es machen! Deshalb steht es jetzt im „Düsseldorfer Signal“. Deshalb sind im Haushalt 2004/2005 auch schon Kürzungen vorgenommen worden. Diese Kürzungen müssen wir realisieren, und zwar schnell. Denn das Geld ist ja sozusagen schon weg. Daher müssen wir die Organisationsstruktur schaffen, um diese Einsparungen auch vornehmen zu können.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, ich habe jetzt eine Vielzahl von Wortmeldungen vorliegen. Entsprechend § 64 unserer Geschäftsordnung soll der Präsident aber im Rahmen des Gesamtzusammenhangs nicht mehr als zwei Zwischenfragen zulassen. Hier haben wir jetzt mittlerweile vier auf dem Tableau. Die Frage ist: Sind Sie bereit, die Fragen der Kollegen zu beantworten? Oder kann ich davon ausgehen, dass wir zum Ende der Diskussion kommen müssen und auch wollen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich mache einen Vorschlag zur Lösung. Ich habe jeweils eine Frage der SPD und der FDP beantwortet. Eine Frage der CDU lasse ich deshalb gern noch zu. Aber dann folge ich Ihrem Vorschlag, dass wir zum Ende der Diskussion kommen.

(Zurufe)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, wenn das so einfach wäre! Wir haben im Augenblick keine CDU-Meldung vorliegen.

(Heiterkeit)

Vor diesem Hintergrund und angesichts der fortgeschrittenen Zeit gehe ich davon aus, dass wir jetzt § 64 unserer Geschäftsordnung anwenden, gleich die Diskussion beenden und zur Abstimmung kommen.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, dann will ich diese De-

batte auch nicht weiter verlängern. Es ist ein historischer Schritt, Kammern zusammenzuführen, Landwirtschaftskammern insbesondere. Wir werden ab 1. Januar, hoffe ich, nicht nur diesen einheitlichen Landesforstbetrieb in den Blick nehmen, sondern auch eine Kammer haben. Diese Kammer wird dann Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen heißen.

Ich gucke noch einmal Herrn Lieven an, der dabei ein wichtiges Wort mitgeredet hat, diese Lösung zustande zu bringen. Ich appelliere an Sie alle. Ich weiß, dass die Emotionen hochschlagen. Das ist auch in Ordnung. Bei einem solchen Thema hätte ich es nicht anders erwartet. Wir haben ein hartes Stück Arbeit hinter uns. Aber ich glaube, wir können es auch schaffen, das Ganze zum 1. Januar umzusetzen. Dazu haben einige Leute beigetragen. Ich bedanke mich noch einmal bei Herrn Lieven und Herrn Meise für ihre Mittätigkeit; ansonsten wäre es nicht gegangen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen eine gute Abstimmung, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Kollege Uhlenberg, CDU-Fraktion.

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Höhn, Sie haben von Stilfragen gesprochen. Für mich war es hoch interessant, wie Sie mit der Zwischenfrage der Frau Kollegin Schmid umgegangen sind

(Beifall bei CDU und FDP)

und wie Sie sie beantwortet haben. Das betrifft auch Stilfragen im Umgang mit dem Parlament.

Nun komme ich zu einzelnen Punkten, die Sie angesprochen haben. Woher kommt denn eigentlich dieser Vorschlag, einen Landesbetrieb einzurichten? Im Ausschuss haben die Grünen gesagt: Er kommt von der SPD. Die SPD hat gesagt: Er kommt von den Grünen. Sie sagen heute: Es ist der Finanzminister gewesen, der diesen Landesbetrieb gefordert hat. - Also, meine Damen und Herren, es ist bis heute nicht klar.

Die einzige, die sich bis jetzt richtig identifiziert mit dieser Fehlentscheidung, die heute hier getroffen wird, ist die Ministerin, weil sie dadurch ihr Umweltministerium wesentlich verbreitern kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das steckt dahinter und keine vernünftige Sachentscheidung.

Sie haben mir bei der Frage der Kammerdirektoren Doppelbödigkeit vorgeworfen. Meine Damen und Herren, es ist ein Witz, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit zwei Kammerdirektoren diese Fusion beginnen. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten nach der Kreisneugliederung 1975 überall mit zwei Oberkreisdirektoren angefangen.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimmste ist: Ihr Staatssekretär hat in einem Brief mitgeteilt, dass es bei den Kammern in der nächsten Zeit betriebsbedingte Kündigungen geben wird. Wie wollen Sie das den Leuten denn erklären? Die kleinen Stellen unten vor Ort werden abgebaut. Die Leute werden nach Hause geschickt. 400 bis 500 Stellen werden abgebaut. Aber an der Spitze, bei den so genannten besser Bezahlten, behält man zwei Kammerdirektoren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist mit dem Verständnis der CDU von sozialer Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen.

Meine Damen und Herren, um was geht es denn? Es geht nicht darum, dass es in Baden-Württemberg und Hessen Landesbetriebe gibt.

(Ministerin Bärbel Höhn: Aha!)

Es geht darum, Frau Höhn, dass wir in Nordrhein-Westfalen beim Forst einen Staatsanteil von 17 % haben. 65 % bis 70 % sind Privatwald. Das andere ist Kommunalwald. Jetzt kommt die bedeutendste Umweltministerin aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen

(Ute Koczy [GRÜNE]: Genau! Richtig!)

und erklärt: Ich mache einen staatlichen Landesbetrieb, damit ich für diesen gesamten Bereich die Zuständigkeit habe. Wir werfen Ihnen vor, dass es eine zusätzliche Behörde gibt, dass hier nicht der private Weg einer selbstbestimmten Landwirtschaftskammer weitergegangen wird, sondern dass hier ein Staatsbetrieb eingerichtet wird, obwohl der Anteil des Staatswalds nur 17 % beträgt. Das passt nicht in dieses Konzept. Meine Damen und Herren, es ist unverantwortlich, dies auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn, Sie haben von der Basis gesprochen und gesagt, das hier sei Ihre Basis. Ihre Basis sind in erster Linie sicherlich die Mitglieder der Fraktion der Grünen. - Aber ich sage für meine

Fraktion und für mich: Dies ist nicht meine Basis. Die Basis für uns als Abgeordnete sollten immer noch die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sein. Das ist unsere Basis,

(Beifall bei der CDU)

die für uns entscheidend ist. Diese Bürgerinnen und Bürger und deren Vertreter haben wir hier vonseiten aller Fraktionen in den Landtag eingeladen. Die haben wir gefragt, wie das neue Kammergesetz aussehen soll. Von allen Gruppen hat es ganz eindeutige Antworten gegeben. Es ist schon wirklich frapierend - für mich ist es auch beängstigend, muss ich Ihnen sagen -, mit welcher Kaltschnäuzigkeit Sie sich darüber hinwegsetzen und keinen Punkt aufnehmen, der bei der Anhörung vorgetragen worden ist,

(Beifall bei der CDU)

sondern Ihre Ideologie durchsetzen, wie Sie sie seit Jahr und Tag hier in Nordrhein-Westfalen praktizieren.

Meine Damen und Herren, das muss noch deutlicher werden. Meine Fraktion und ich werden alles tun, damit sich dieser Politikstil, den Sie in Nordrhein-Westfalen pflegen, herumspricht. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Uhlenberg. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmid, SPD-Fraktion.

Irmgard Schmid (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es entspricht den Gepflogenheiten des Parlaments, dass Daten und Fakten auf den Tisch kommen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Weder dem Parlament noch dem Fachausschuss sind zu den Berechnungsmodi Zahlen vorgelegt worden. Folglich haben wir hier und heute nicht darüber zu entscheiden, welche Organisationsform gewählt wird, sondern wir werden Zahlen bekommen müssen, die wir dann zu bewerten haben. Dazu wird das Jahr 2004 dienen.

Mir ist aber wichtig, hier eins zu erläutern: Der letzte Absatz unseres Entschließungsantrages zum heutigen Gesetzentwurf heißt:

"Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Rahmen der weiteren jetzt erforderlichen Verfahrensschritte zur Umsetzung des Landesforstbetriebes noch einmal die Argumente für diese Lösung darzulegen ..."

- im Ausschuss müsste das überhaupt erst einmal umfassend erläutert werden -

"... und noch mal Sachargumente, die für die Errichtung einer Landesanstalt sprechen, zu prüfen."

Diese Prüfung ist noch vorzunehmen. Insofern gibt es vielleicht das Ziel, wie im "Düsseldorfer Signal" vereinbart, zwei Modelle in den Raum zu stellen und darauf hinzuarbeiten. Wenn man aber ein Ziel hat und der Istzustand bewertet werden muss, hat man alles gegeneinander abzuwägen, um danach Entscheidungen zu treffen.

Deshalb widerspreche ich der Äußerung der Ministerin, dass es nur einen Landesbetrieb geben könnte. Die Beratungen des nächsten Jahres werden es zeigen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP - Zurufe)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Schmid. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Romberg, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Uhlenberg meinte gerade, Frau Höhn sei kaltschnäuzig. So habe ich sie allerdings gerade überhaupt nicht empfunden. Ganz im Gegenteil: Sie war aufgeregt, empfindlich wie selten, überhaupt nicht souverän. Das belegt eigentlich, dass unsere Argumentation sitzt und Frau Höhn echt getroffen war.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Höhn, Sie haben gesagt, Sie wollten sparen. Wann fangen Sie damit an? Das ist doch nicht ernst gemeint. Sparen Sie doch erst einmal an Ihrer eigenen Bürokratie, der Sie jetzt schon vorstehen! Sie wollen eine neue Landesbehörde und damit neue Bürokratie schaffen. Schon jetzt arbeiten 5.800 Mitarbeiter im Landesministerium und seinen nachgeordneten Behörden. So sieht Ihre Ökobürokratie aus: 5.800 Menschen in diesem Land leben davon und lassen uns keine Gestaltungsmöglichkeiten, das Geld in anderen Bereichen, wo es sinnvoll wäre, einzusetzen.

Das sind 5.000 Beschäftigte zuviel, die dem Land die Luft abschnüren - und das angesichts einer Neuverschuldung in Höhe von 6 Milliarden €. Diese Ökobürokratie sitzt wie ein Blutegel am Bauch dieses Landes und saugt dessen Lebenskraft aus. Das muss sich endlich ändern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir als FDP fordern die Streichung bestehender Landesbehörden, nicht die Schaffung neuer. Die Ökobürokratie hilft nicht den Bauern in diesem Land, nicht der Natur, nicht dem Wald, nicht den Tieren und schon gar nicht den Bürgern. Sie erlaubt dem Land keine Gestaltungsmöglichkeiten. Das muss sich ändern.

Wir als FDP lehnen den Landesbetrieb Forst ab. Die Förderung des Ökolandbaus soll Aufgabe der Grünen bleiben, Frau Höhn, aber sicherlich nicht Aufgabe der Landwirtschaftskammer werden. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Dr. Romberg. - Das Wort hat der Kollege Priggen, Bündnis 90/Die Grünen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Uhlenberg, Sie haben hier ein Paradebeispiel par excellence für einen Lobbyisten abgeliefert, der für seinen Bereich redet.

(Widerspruch von Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Natürlich ist das wahr. Eindeutig!

Herr Uhlenberg stellt sich hier hin und moniert, dass angesichts von 17 % Staatswald und 70 % Privatwald ein Landesbetrieb eingerichtet werden soll. Zur Redlichkeit gehört, dass man sich einmal vergegenwärtigt, wer was bezahlt und wer was leistet: Die Beratung zum Thema Wald wird in den Forstbetrieben geleistet, nicht bei der Landwirtschaftskammer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Kostenaufteilung: 30 Millionen € zahlt das Land für den Forstbereich. Wie viel bezahlen die 70.000 Privatwaldbesitzer? - Ich möchte es auf den Punkt bringen: 500.000 €. So sieht die Relation aus.

Wer angesichts dessen so tut, als sei es eine ganz große Sünde, dort Synergieeffekte auszunutzen und das zusammenzufassen, mag das im Sinne einer Lobbyarbeit zwar ganz nett sein, geht aber an den Realitäten völlig vorbei: 500.000 zu 30.000.000!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es völlig in Ordnung, an der Stelle zu sagen, dass es gute Gründe gibt, das zu tun, zumal im Haushalt schon Einspareffekte eingerechnet worden sind.

Herr Uhlenberg, noch eins, was ich ebenfalls nicht verstehen kann, wobei ich es auch für vorgeschoben halte: Sie heben darauf ab, es sei nicht gerecht, mit den beiden Kammerdirektoren wie vorgesehen zu verfahren.

Als jemand, der die Materie sehr präzise kennt, wissen Sie doch ganz genau, dass mit beiden Kammerdirektoren bei der Fusion der Kammern Rheinland und Westfalen intensiv geredet worden ist, weil es doch in jedem derartigen Sachprozess ein Problem ist, wie mit dem vorhandenen Personal umgegangen wird. Eine Übergangsregelung ist gefunden worden, die die Arbeits- und Vertragszeiten berücksichtigt, die die Menschen noch haben. Damit hatten Sie kein Problem, bis Sie jetzt den Forst als Ihr Spezialgebiet entdeckt haben. Bis zu dem Zeitpunkt waren wir uns einig, dass man mit den Leuten, die dort beschäftigt sind, vernünftig umgeht. Jetzt spielen Sie das unter einem angeblich sozialen Vorwand hoch.

Insoweit ist auch die Behauptung, dass wir an der Stelle immer mehr Staat bekommen, vordergründig und reine Lobbyarbeit. Das können Sie zwar so machen, müssen es dann aber auch entsprechend benennen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Priggen. - Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir heute hier erleben, ist nichts anderes als Management by Chaos.

(Beifall bei der FDP)

Wir hier im Parlament und diese Landesregierung haben sich aufs Papier geschrieben, eine Verwaltungsstrukturreform durchzuführen. Das Ergebnis ist offen.

(Lachen bei der CDU)

Was machen wir? Wir debattieren hier heute über eine neue Behörde, die wir eventuell in der nächsten Legislaturperiode wieder abschaffen müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident dieses Landes hat vor gut vierzehn Tagen in Duisburg geäußert: Wenn wir mit der Landesverwaltungsstrukturreform jetzt nicht im Einvernehmen zurande kommen, werden die Mittelbehörden bleiben, wie sie sind, die Sonderbehörden werden nach dem Vorbild von Baden-Württemberg integ-

riert. - Diese Aussage zeigt doch, dass wir diese Behörde, diesen Landesbetrieb, den wir heute gründen, in wenigen Wochen oder Monaten wieder in die Bezirksregierungen integrieren müssen.

(Zustimmung von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das ist Management by Chaos, das ist unverantwortlich. Schafft Klarheit, was ihr wirklich wollt, und lasst die Landesforstverwaltung und die Landwirtschaftskammern so lange da, wo sie sind, nämlich in der weitestgehenden Eigenverantwortung von Landwirtschaft und Forst! Management by Chaos, das können wir uns hier nicht leisten. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Das Wort hat Kollege Uhlenberg, CDU-Fraktion.

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es schon des Öfteren erlebt, dass ich als Lobbyist beschimpft werde. Ja, meine Damen und Herren, ich bekenne mich dazu. Ich komme aus einem ländlichen Wahlkreis. Ich bin Lobbyist des ländlichen Raumes. Und zu diesem ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft.

Ich bin Landwirt. Ich möchte das überhaupt nicht unter den Tisch kehren. Ich habe Achtung vor den Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Ruhrgebiet kommen. Nordrhein-Westfalen ist sehr vielschichtig. Dazu gehören ländliche Räume, deren Lobbyist ich bin. Ich sage das auch im Wahlkreis. Ich bin der Lobbyist meines Wahlkreises im Landtag und bei der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Edith Müller [GRÜNE])

Das ist für mich kein Schimpfwort.

Genauso habe ich Hochachtung davor, wenn sich jemand für das Ruhrgebiet, für Köln oder für eine andere große Stadt in Nordrhein-Westfalen einsetzt. Man sollte Berufsgruppen auch nicht diffamieren, wie Sie es immer machen, Frau Kollegin Höhn.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Landwirt, der sich für seinen Berufsstand einsetzt. Sie machen es einem Gewerkschaftsmitarbeiter ja auch nicht zum Vorwurf, wenn er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen ist. Von daher bin ich stolz auf diese Tätigkeit und lasse mir das nicht mies machen.

Zur Finanzierung der Kammern: Sie steht auf drei Säulen, nämlich der Verwaltungskostenerstattung, der Kammerumlage und der Landeszuschüsse. Die Landeszuschüsse für die beiden Kammern sind in den letzten drei Jahren in Nordrhein-Westfalen von 32 Millionen € auf null reduziert worden. Insofern würde ich, Herr Priggen und Frau Höhn, das Thema Finanzierung der Kammern nicht ansprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das bedeutet automatisch eine Erhöhung der Kammerumlage für die Land- und Forstwirte in den nächsten Jahren. Von daher zieht dieses Argument nicht.

Ein letzter Punkt! Frau Kollegin Schmid hat gesagt: Wir prüfen weiter und müssen einmal schauen, wie sich das in den nächsten Monaten entwickelt und welchen Weg dieser Gesetzentwurf geht. - Meine Damen und Herren, der Text, der heute hier zur Abstimmung steht, ist entscheidend.

(Beifall von Felix Becker [FDP])

In dem Gesetzentwurf der Landesregierung steht, dass diese neue Form der Forstverwaltung, die Verstaatlichung der Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen, spätestens - so steht es im Gesetz - zum 01.01.2005 in Kraft treten soll. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen, die im Gesetzestext stehen, z. B. in Bezug auf die Struktur bzw. auf die Spitze dieses Landesamtes. Das ist der Punkt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es nicht wollen - ich appelliere noch einmal an die Kollegen von der SPD-Fraktion, die in dieser Frage in der Tat große Gewissensbisse haben; das ist auch im Ausschuss deutlich geworden, als Sie Ihre berechtigten Argumente zu Protokoll gegeben haben -, dann stimmen Sie diesem Gesetz heute bitte nicht zu, weil wir sonst die Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen zum 01.01.2005 verstaatlichen. Der Kollege Ellerbrock hat es gesagt: Wir beschließen heute in Nordrhein-Westfalen eine neue Behörde, eine neue Bürokratie. - Nach den Worten des Ministerpräsidenten - aber sie scheinen nicht so ernst gemeint zu sein - müsste eigentlich das Gegenteil der Fall sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Uhlenberg. - Wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4794** ab. Hierzu möchte ich Ihnen allen mitteilen, dass die CDU-Fraktion zur **Ziffer I** des Änderungsantrags eine **namentliche Abstimmung** gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung beantragt hat. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen aller Abgeordneten. Die Abstimmenden bitte ich bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun den Kollegen Thiede um den Namensaufruf.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Ich schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Für den Antrag haben 101 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 112 Abgeordnete gestimmt;

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

eine Enthaltung. Damit ist **Ziffer I** des **Änderungsantrags Drucksache 13/4794 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über **Ziffer II** des Änderungsantrags der CDU-Fraktion Drucksache 13/4794 ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Ziffer II des Änderungsantrags der CDU-Fraktion Drucksache 13/4794 **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über die Beschlussempfehlung ab. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/4756**, den Gesetzentwurf Drucksachen 13/4200 und 13/4296 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4756 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksachen 13/4200 und 13/4296 in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen viertens über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4792** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die Antragsteller. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4792 **angenommen**.

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte Sie, Ihre Gespräche nach draußen zu verlagern. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

7 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3930

Und:

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 13/4757

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Jentsch das Wort. Bitte, Herr Jentsch.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, den Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz.

Neben einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beamten und Beamtinnen des öffentlichen Dienstes auf 41 Stunden ist auch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit für die Polizeivollzugsbediensteten sowie den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten vorgesehen. Zukünftig soll für diese

Berufsgruppen nicht mehr das vollendete 60. Lebensjahr, sondern einheitlich das vollendete 62. Lebensjahr für den Eintritt in den Ruhestand maßgebend sein. Durch die Erhöhung der Lebensarbeitszeit reduziert sich die Zahl der Empfänger von Versorgungsbezügen. Dadurch lässt sich in diesen wichtigen sicherheitsrelevanten Bereichen eine deutliche Reduzierung der zu erbringenden kw-Stellen erreichen. - So weit die Fakten.

Meine Damen und Herren, wir haben es uns mit diesen Einschnitten nicht leicht gemacht. Das zeigt auch unser Änderungsantrag, der Ihnen als Beschlussvorlage des Innenausschusses vorliegt. Wir haben uns als in der Regierungsverantwortung stehende Fraktion gefragt: "Weiter so, oder die Realität erkennen?"

Wir haben uns zum Wohle unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger für die Realität entschieden. Das sage ich all denjenigen, die in der Öffentlichkeit lauthals die Finanznöte beklagen, sich dann aber einen schlanken Fuß machen, wenn es zum Schwur kommt.

Weniger Steuereinnahmen bedeuten nun einmal weniger Ausgaben. Das betrifft nicht nur unser Land. Ausnahmslos sind alle Länder davon betroffen. Das betrifft in gleichem Maße natürlich auch die Kommunen.

Sparen, den Blick auf das Wesentliche richten und dabei nicht die Substanz unseres Sozialstaates zerstören, dies ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik von heute. Große Sprünge gehören der Vergangenheit an. Gefragt ist vielmehr der verantwortungsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Einschnitte in lieb gewonnene Einrichtungen sind unvermeidbar. Hiervon sind alle betroffen.

Meine Damen und Herren, wenn in den nordrhein-westfälischen Betrieben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezwungen werden, durch Einkommensverzicht und erhöhte Arbeitszeiten einen erheblichen Teil zur Sanierung der Unternehmen und der Betriebe und damit zur Stabilisierung der Volkswirtschaft beizutragen, kann der Staat mit seinen Beschäftigten nicht daneben stehen und nur zusehen. Deswegen müssen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihren Teil dazu beitragen.

Wir, die für die innere Sicherheit in unserem Lande Verantwortung tragen, haben es uns nicht leicht gemacht. Aber wir haben es geschafft, dass die innere Sicherheit neben den Bereichen Bildung und Arbeit das wichtigste Ziel unserer Politik bleibt.